

*Betreff:***Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020***Organisationseinheit:*Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit*Datum:*

09.12.2016

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)

Sitzungstermin

14.12.2016

Status

Ö

Beschluss:

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und über die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.
2. Dem Entwurf des Haushaltsplans 2017 einschließlich der unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit (Anlage 3) und dem Entwurf des Investitionsprogramms 2016 -2020 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) zugestimmt.

Sachverhalt:

In den Anlagen 1 (1.0-1.2) sind die im Ausschuss für Soziales und Gesundheit zu behandelnden Anfragen/Anregungen und finanzunwirksamen Anträge (1.0), die Anträge zum Ergebnishaushalt 2017 (1.1), zum Finanzhaushalt und Investitionsprogramm 2016-2020 (1.2) der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte aufgelistet. Die Anlagen 2.1 und 2.2 beinhalten die Ansatzveränderungen der Verwaltung.

Die Anlage 3 beinhaltet die unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs Soziales und Gesundheit.

Hinweis:

Die Anträge der Fraktionen/Stadtbezirksräte haben Änderungen der Produkterträge und -aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültigen Produkt-Planbeträge können daher erst im Enddruck des Haushaltsplanes 2017 abgebildet werden.

Klockgether

Anlage/n:Anlage 1.0-1.2
Anlage 2.1-2.2
Anlage 3

Haushaltslesung 2017 - Anfragen/Anregungen und finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen
				bisher	neu	2017		2018		2019		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit												
Anfragen/Anregungen												
15	1.31.3119.10	schlüssigen Konzepts zur Angemessenheit der KdU	DIE LINKE			1. Wird mit der Erstellung eines „schlüssigen Konzepts zur Angemessenheit der KdU“ das Ziel verfolgt, die Angemessenheitsgrenzen abzusenken? 2. Wenn ja, in welcher Größenordnung? 3. Wie ist der Sachstand der geplanten Konzepterstellung? Im Vorbericht wird mitgeteilt, dass sich die Angemessenheitsgrenze für Städte ohne schlüssiges Konzept - wie es in BS derzeit der Fall ist - erhöht habe. Daher die Begründung. Anfrage.						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen												
16	1.31.3151.20	Nachbarschaftshilfe "in den Rosenäckern"	DIE LINKE			Warum wird im Vorbericht die Nachbarschaftshilfe "in den Rosenäckern" einzeln dargestellt und nicht unter Nachbarschaftshilfe aufgeführt?						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen												
17	1.31.3151.20	Integrationsgarten für Senioren	AfD			Fortlaufende jährliche Förderung in Höhe von € 17.500,- Die Bezeichnung Integrationsgarten für Senioren vermittelt den Eindruck, dass sich die Aktivitäten hauptsächlich an Senioren richten. Welche Aktivitäten finden neben dem wöchentlichen Senioren-Frühstück noch statt, wer wird integriert, und mit welchen Maßnahmen?						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen												
18	1.31.3517.10	Beratungsstelle für mobile Beschäftigte	DIE LINKE			Warum soll beim Produkt 1.31.3517.10 (Beratungsstelle für mobile Beschäftigte) der Zuschuss auf 0 € sinken?						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen												
19	1.31.3517.10	Wohnberatungen der Diakonie und des DRK	AfD			Fortlaufende jährliche Förderung in Höhe von € 101.600,- in Summe für zwei Wohnberatungen Die Verwaltung der Stadt möge die Wirtschaftlichkeit der Zuschüsse beider existierender Wohnberatungen darstellen.						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen												
20	1.31.3517.10	Wohnfahrtsverbände	AfD			Die Verwaltung wird gebeten zu erläutern, wann die unten aufgeführten dauerhaften Zuschüsse zum letzten Mal auf ihre wirtschaftliche Vorteilbarkeit hin überprüft wurden, und wann die nächste Prüfung ansteht. - Die Arbeiterwohlfahrt bekommt einen Zuschuss von € 62.300,- pro Jahr. - Der Caritasverband bekommt einen Zuschuss von € 62.300,- pro Jahr. - Das Diakonische Werk bekommt einen Zuschuss von € 30.400,- - Das DRK bekommt einen Zuschuss von € 31.900,-						s.a. Anlage 1.1 finanzwirksame Anträge lfd. Nr. 63
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen												
21	1.31.3517.20	Förderung der Integration	AfD			Fortlaufende jährliche Förderung in Höhe von € 54.000,- Was wird damit gefördert? Wer erhält zu welchen Bedingungen diesen Betrag und wer bildet die wirtschaftliche Kontrolle ab?						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen												

Haushaltslesung 2017 - Anfragen/Anregungen und finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt-Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €	Veränderungen in €								Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen	
					bisher	neu	2017		2018		2019			2020
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	
22	1.31.3517.20	Projekt Demokratie leben	AID											s.a. Anlage 1.1 finanzwirksame Anträge lfd. Nr. 64
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen</p> <p>Sachverhalt: Die Aufwendungen des Sozialhilfeetats steigen 2017 - geplant - von 163,3 Mio. € im Jahre 2016 auf 170,1 Mio. €.</p> <p>Die allgemeine - offizielle - Arbeitslosigkeit sinkt seit Jahren. Die Flüchtlingszahlen gehen zurück. Womit wird ein Anstieg der Sozialausgaben in Höhe von rund 4,2 % begründet?</p>														
23	diverse	Sozialhilfeetat	AID											
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen</p> <p>Die Verwaltung schlägt vor, im Jahr 2017 eine Einsparung von 1 Mio. Euro nach dem Reservenprinzip vorzunehmen. Diese Einsparung soll im Planungszeitraum auf 4 Mio. pro Jahr anwachsen. Weiter heißt es dazu, dass eine "verstärkte Diskussion zur Aufgabenkritik und zu Standards der Aufgabenerfüllung" stattfinden soll. Dazu stellen sich folgende Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche konkreten Einsparungen sind geplant? (Bitte einzeln darstellen) 2. Welche Aufgaben sollen nicht oder nicht mehr im bisherigen Umfang erfüllt werden? 3. Welche Standards sollen abgesenkt werden? <p>Einsparungen in der genannten Höhe erscheinen bei einem 800 Mio. Haushalt verkraftbar. Da aber große Teile des Haushaltes nicht veränderbar sind, kann es in einzelnen Fällen zu erheblichen Härten kommen. Daher ist eine Kenntnis über die konkreten Einsparungen für den Rat unbedingt notwendig. Gleiches gilt, wenn die Aufgabenerfüllung und Standards abgesenkt werden sollen.</p>														
35	alle	geplante Einsparungen	DIE LINKE											
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - keine Beschlussfassung erforderlich; Antworten siehe Mitteilungen</p>														

Haushaltslesung 2017 - Anfragen/Anregungen und finanzunwirksame Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			2020	
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
finanzunwirksame Anträge														
38	1.31.3470.10	Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKG	DIE LINKE	<p><u>BUt-Anträge immer beiliegen</u></p> <p>Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird gebeten:</p> <ol style="list-style-type: none"> Bei sämtlichen Formularen und Bescheiden nach SGB, Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld und/oder Kindergeldzuschlag, immer einen Antrag auf BuT-Leistungen mit einer entsprechenden Erläuterung, hinzuzufügen. In die Trägerversammlung des Jobcenters Braunschweig einen entsprechenden Vorschlag einzubringen. Falls nötig, zusätzliches Personal für diese Aufgabe einzustellen. <p>Begründung: Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) soll für Leistungsberechtigte und Geringverdienende die Teilhabe am öffentlichen Leben verbessert werden. In der Praxis findet dies in zu geringem Umfang statt. Dies u.a. deshalb, weil Unkenntnis über den Leistungsanspruch besteht und die Antragstellung in der derzeitigen Form eine große bürokratische Hürde darstellt.</p>										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
39	50	Strategische Ziele	DIE LINKE	<p>Strategische Ziele FB 50 verändern</p> <p>Beschlussvorschlag: neu:</p> <ol style="list-style-type: none"> Beibehaltung und Ausweitung der Aktivitäten für alle Langzeitarbeitslosen, insbesondere für junge Menschen sowie eine angemessene Bereitstellung von kommunalen Eingliederungsleistungen, z. B. psychosoziale Betreuung wie im Entwurf Schaffung einer bedarfsgerechten Wohnsituation für benachteiligte Personengruppen, Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Erreichung einer kurzen Verweildauer in den Wohnungslosunterkünften; dezentrale Unterbringung aller Wohnungslosen bis Ende 2017 Verbesserung der Teilhabe am öffentlichen Leben durch die weitere Ausstattung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden sowie die Ausstattung der Begegnungsstätten wie im Entwurf <p>alt:</p> <ol style="list-style-type: none"> Beibehaltung der Aktivitäten für alle Langzeitarbeitslosen, insbesondere für junge Menschen sowie eine angemessene Bereitstellung von kommunalen Eingliederungsleistungen, z. B. psychosoziale Betreuung siehe Entwurf Schaffung einer bedarfsgerechten Wohnsituation für benachteiligte Personengruppen, Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Erreichung einer kurzen Verweildauer in den Wohnungslosunterkünften; möglichst dezentrale Unterbringung Verbesserung der Teilhabe am öffentlichen Leben durch die weitere Einrichtung behindertengerechter Zugänge und Personenaufzüge in öffentlichen Gebäuden sowie die Ausstattung der Begegnungsstätten siehe Entwurf <p>Begründung: erfolgt mündlich</p>										
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
				dagegen:		dagegen:		Enthalten:		Enthalten:				

Haushaltsplanung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			2020	
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
<p>Teilhaushalt Ref. 0500 - Sozialreferat</p>														
18		Transferaufwendungen			0									
53	1.31.3119.40	Leistungen des Sozialreferates	BIBS	<p>Kinderarmut wirksam bekämpfen Zur Umsetzung des "kommunalen Handlungskonzepts Kinderarmut" werden 250.000 Euro in den städtischen Haushalt 2017 eingestellt. Der Rat hat am 18.12.2012 einstimmig das "kommunale Handlungskonzept Kinderarmut" beschlossen, das von der Verwaltung schrittweise umgesetzt werden soll. Finanzielle Auswirkung ergaben sich bislang daraus nicht. Um Kinderarmut wirksam bekämpfen zu können, muss Geld in die Hand genommen werden.</p>									Diverse	
						+ 250.000		+ 250.000		+ 250.000		+ 250.000		
				dagegen:									Enthaltungen:	
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:</p>														
<p>Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit</p>														
18		Transferaufwendungen			119.804.700									
SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 120	<p>Stadtplan für ältere Menschen Der Stadtbezirksrat 120 Ostliches Ringgebiet beantragt, Mittel für die Erstellung eines Stadtplans für ältere Menschen in Höhe von 5.000 € in den Haushalt 2017 einzustellen.</p>									einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 5.000		0		0		0		
				dagegen:									Enthaltungen:	
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:</p>														
SBR	1.31.3151.40	Altenhilfeplanung	SBR 321	<p>Zuschuss Ev. luth. Kirchenverband Forum Älter werden im Stadtbezirk Die Verwaltung wird gebeten, die notwendigen Haushaltsmittel zur Begleitung des Forums "Älter werden im Stadtbezirk Lehnrdorf-Watenbötter" weiterhin in die Haushalte der Folgejahre einzustellen.</p>									dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
								*)		*)		*)		
				dagegen:									Enthaltungen:	
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:</p>														
54	1.31.3153.10	Soz. Einr. f. Menschen mit Behind.	AiD	<p>Zuschuss Ev. luth. Kirchenverband Der Rat der Stadt möge beschließen, die oben genannte Institution im kommenden Haushaltsjahr nicht mehr mit Zuschüssen zu versorgen, und die entsprechenden Haushaltsbeiträge auf Null zu setzen. Die Stadt Braunschweig bezuschusst den Ev.-luthischen Kirchenverband dauerhaft mit 10.200,- € pro Jahr.</p>									dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						- 10.200		- 10.200		- 10.200		- 10.200		
				dagegen:									Enthaltungen:	
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:</p>														

TOP 4.

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt-Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2017		2018		2019			2020		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer			
55	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	BIBS												
				Erhöhung Zuschuss Frauen- und Mädchenberatung bei sexueller Gewalt e.V.		Die Frauen- und Mädchenberatung gerät mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen zunehmend in Not. Daher werden dringend mehr Personal- und Raumkapazitäten, um dem deutlich gestiegenen Bedarf in mehreren Arbeitsbereichen gerecht zu werden.							dauerh.		
					+ 113.920		+ 113.920		+ 113.920		+ 113.920				
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				dagegen:		Enthaltungen:									
56	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	DIE LINKE												
				Anhebung Zuschuss Frauen- und Mädchenberatung									dauerh.		
					+ 114.000		+ 114.000		+ 114.000		+ 114.000				
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				dagegen:		Enthaltungen:									
99	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	SPD												
				Frauen- und Mädchenberatung		Durch den Anstieg der Anzahl von Frauen und Mädchen, die in den letzten Jahren, insbesondere in den Jahren 2015 und 2016, nach Braunschweig und in die Region gekommen sind, ist ein erheblicher Mehrbedarf an Angeboten zur Beratung und Unterstützung entstanden. Sowie eine aufsuchende Arbeit in den Unterküften als auch in der Folge konkrete Einzelhilfe ist erforderlich geworden. In Folge der Ereignisse in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln fassen insgesamt mehr Mädchen und Frauen den Mut, sich Hilfe zu holen. Die Gesetzesinitiative „Nein heißt Nein“ ermächtigt ebenfalls Frauen und Mädchen, Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe öffentlich zu machen und sich Beratungseinrichtungen anzuvertrauen. Im Sinne der Prävention sind zudem eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sowie eine Fortbildung von Erzieherinnen etc. nachhaltig sinnvoll.									für 3 Jahre
					+ 114.000		+ 114.000		+ 114.000		+ 114.000		0		
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				dagegen:		Enthaltungen:									

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirke

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017		2018		2019			2020	
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	
61	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:</p> <p>Mütterzentrum e. V./Mehrgenerationenhaus Braunschweig e. V.</p> <p>Das Mütterzentrum leistet u. a. seit vielen Jahren sehr erfolgreich Quartiersarbeit in einem Stadtteil mit einer sehr unterschiedlichen Bewohnerstruktur. Die dort lebenden Menschen benötigen in der Regel einer stetigen sehr persönlichen Ansprache, um sie dauerhaft an die Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten heranzuführen. Hier hat es sich bewährt, feste Ansprechpartner an das Haus zu binden, die durch ihre eigene Lebensbiographie beispielhaft sein Können. Um zu erproben, ob sich die Unterstützung durch die Kraft in der Küche, im Café und als Hausmeisterin dauerhaft bewährt, soll ein Zuschuss zunächst für 3 Jahre gewährt werden.</p>														
101	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD										für 3 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 25.000		+ 25.000		+ 25.000		0		
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:</p> <p>Förderung der freien Wohlfahrtspflege</p> <p>Im Südwesentlichen Ringgebiet / Sanierungsgebiet „Soziale Stadt“ ist das Mütterzentrum / Mehrgenerationenhaus eine unverzichtbare Institution. Gefördert wird diese Einrichtung einerseits durch den Fachbereich 51 Kinder, Jugend und Familie, andererseits durch den Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit. Der Zuschuss durch den Fachbereich 50 sollte u. E. von 90.000 auf 103.000 € angehoben werden, um dem vom Trägerverein angemeldeten erhöhten Zuschussbedarf zumindest teilweise zu entsprechen, insbesondere bezüglich der geringfügigen Stundenaufstockung für die Geschäftsführung und für die pädagogische Leitung.</p>														
102	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 13.000		+ 13.000		+ 13.000		+ 13.000		
<p>Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:</p> <p>Zuschuss Mütterzentrum</p> <p>Der Zuschuss zum Mütterzentrum ist um 40.000 € anzuheben. Der Mehrbedarf wird gesplittet in Dynamisierung (4.000 €), tarifliche Sonderzahlung (2015 nicht gezahlt) und allgemeine Kostensteigerung (6.000 €), bereits für 2016 beantragte Stelle für eine Kraft in der Küche, im Café und als Hausmeisterin (25.000 €) und für je zwei Stunden mehr Bezahlung für die Geschäftsführung und pädagogische Leitung (5.000 €).</p>														
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310										dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		+ 40.000		

*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatz-bezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €						Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2017	2018	2019	2020	2017	2018			2019	2020	
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
62	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	DIE LINKE.											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																
103	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SPD											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																
104	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																
SBR	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	SBR 310											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																
63	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	AID											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anfragen lfd. Nr. 20 und Mitteilungen(Antwort)	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																
64	1.31.3517.20	Leistungen d. Büros für Migrationsfragen	AID											dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche s.a. Anfragen lfd. Nr. 22 und Mitteilungen(Antwort)	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2017	2018	2019	2020			2017	2018	2019
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
65	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Erhöhung Zuschuss Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V. Die Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V. benötigt eine einmalige Erhöhung der städtischen Mittel, um die erfolgreiche Arbeit in der AIDS-Prävention, der Beratung und Unterstützung der Betroffenen und die Förderung von Selbsthilfeeinheiten sicher zu stellen.								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+ 7.000	0	0	0	0	0			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
dagegen:														
Enthaltungen:														
66	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	DIE LINKE	Anhebung Zuschuss Aids-Hilfe								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+ 7.000	7.000	+ 7.000	7.000	+ 7.000	7.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
dagegen:														
Enthaltungen:														
67	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	pt	Anhebung Zuschuss: Braunschweiger AIDS-Hilfe e.V. Die Braunschweiger AIDS-Hilfe leistet seit vielen Jahren äußerst wichtige Präventions- und Aufklärungsarbeit. Gerade bei der Arbeit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung sind verstärkte Aktivitäten notwendig. Um diese Arbeit im nächsten Jahr sicher zu stellen, wird eine Erhöhung der Förderung um 7.000 EUR beantragt.								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+ 7.000	0	0	0	0	0			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
dagegen:														
Enthaltungen:														
68	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	BIBS	Erhöhung Zuschuss Pro Familia "Teens plus Babies" Seit einigen Jahren bietet die pro familia Beratungsstelle das Angebot "Teens plus babies - eine Gruppe für junge Schwangere und Mütter bis 21 Jahre" an. Um dieses sehr erfolgreiche Angebot erhalten zu können und Planungssicherheit zu erhalten, soll das Projekt eine leicht erhöhte, dauerhafte städtische Förderung erhalten.								dauerh.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+ 200	200	+ 200	200	+ 200	200			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
dagegen:														
Enthaltungen:														
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
dagegen:														
Enthaltungen:														
69	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	pt	Anhebung Zuschuss: Verein f. sexuelle Emanzipation Der VSE ist die Interessensvertretung für Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans, intersexuelle und queere Menschen in Braunschweig und ist Dach für verschiedene Gruppen und Aktivitäten sowie Träger des queeren Zentrums "Onkel Emma". Nun erhöht sich der Bedarf für weitere wichtige Beteiligungsfelder (queere Geflüchtete), in denen der Verein bisher nicht ausreichend aktiv ist. Daher beantragen wir die Erhöhung des eingeplanten Zuschusses um 39.900 EUR								einmalig	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	
						+ 39.900	0	0	0	0	0			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
dagegen:														
Enthaltungen:														
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
dagegen:														
Enthaltungen:														
105	1.41.4140.50	Gesundheitsförderung	SPD	Verein für sexuelle Emanzipation e.V. Der Verein ist vermehrt Adressat von Anfragen zur Coming-out-Beratung, Unterstützung von Eltern, Anfragen von Schulen und der Presse. Im queeren Zentrum „Onkel Emma“ finden aufgrund erhöhter Anfrage immer mehr Veranstaltungen und Treffen statt. Zudem veranstaltet der Verein jedes Jahr das Sommerhochfestival, welches inzwischen über die Region hinaus bekannt ist. Es trägt zu einem weltoffenen und toleranten Klima der Stadt bei und bietet den Bürgerinnen und Bürgern in ungezwungener Atmosphäre den Kontakt und die Austauschmöglichkeit mit den Teilnehmern des Festival. Insbesondere das Projekt SCHLAU, welches von Ehrenamtlichen getragen wird und sehr erfolgreich Schülern und Schüler zum Thema informiert, bedarf einer professionellen Koordination der zahlreichen Anfragen der Schulen.									für 2 Jahre	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 35.000	35.000	+ 35.000	35.000	+ 35.000	35.000			
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:														
dagegen:														
Enthaltungen:														

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirke

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €				Dauer	Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen		
				bisher	neu	2017	2018	2019	2020			2017	2018
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Diverse Teilhaushalte													
18	Transferaufwendungen												
80	Diverse		BIBS										431810 Zuschuss an übrige Bereiche
				Keine weitere Aussetzung der "Zuschussdynamisierung" Die so genannte "Dynamisierung" im Bereich der Kontinuitätsförderung wird wieder wie vom Rat für den Haushalt 2015 beschlossen, fortgesetzt. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2017 eingestellt.								dauerf.	
						+ 183.000	+ 366.000	+ 457.500	+ 457.500				
				dagegen:				Enthalten:					
81	Diverse		DIE LINKE	Erhöhung von Zuschüssen 1. Die Zuschüsse im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich werden um 3,14% angehoben. 2. Die Zuschüsse für lizenzierte Übungsleiter im Sport werden um 4,1% angehoben. 3. Zum Haushalt 2019 berichtet die Verwaltung anhand der Belegung der Zuschüsse, ob die Erhöhung auch zu Entgeltverbesserungen für alle Beschäftigten im Sozial-, Kultur- und Jugendhilfebereich geführt hat. Am 19.09.2016 hat die gemeinsame Kommission der LAG der Freien Wohlfahrtspflege, des Verbandes Deutscher Alten- und Behindertenhilfe, des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste, der kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen und des Landes Niedersachsen beschlossen, dass die Vergütungen wie folgt angepasst werden sollen: Personalkosten: + 4,1%, Sachkosten: -0,7%, Fahrkosten: -3,4%. Weiter wurde beschlossen, dass die Vergütungspauschale nach § 41 SGB IX um 3,27% angehoben wird. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Personalkosten bei den Zuschüssen durchschnittlich 80% ausmachen, der Sachkostenanteil ca. 20% beträgt und die Fahrtkosten zu vernachlässigen sind, ergibt sich auf Grundlage dieses Beschlusses die Notwendigkeit, dass die Zuschüsse für die freie Wohlfahrtspflege und den Kulturbereich um 3,14% anzuheben sind. Ansonsten werden entweder Leistungen reduziert oder die Entgelte der Beschäftigten reduziert. Beides muss unbedingt vermieden werden. Auf Grundlage von ermittelten Beträgen aus früheren Jahren ist von Kostensteigerungen in 2017 von ca. 200.000 € und in den Folgejahren von ca. 400.000 € auszugehen. Diese Mehrkosten sind durch die Einführung einer Kulturförderabgabe gedeckt. Weiter muss betont werden, dass beim Thema "Dynamisierung der Zuschüsse" der Sport bislang sträflich vernachlässigt wurde. Das muss sich ändern. Die Mehrkosten betragen ca. 3.700 Euro und sind ebenfalls durch die Kulturförderabgabe gedeckt.								dauerf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche Anmerkung der Verwaltung: Nach dem bisherigen Dynamisierungsbeschluss wurde von einer jährlich fortschreitenden Erhöhung der Zuschüsse ausgegangen. Mit der vorgeschlagenen Kulturförderabgabe wäre eine Deckung der Zuschusserhöhungen voraussichtlich nur für 2 Jahre möglich.
				dagegen:				Enthalten:					
						+ 203.700	+ 407.400	+ 407.400	+ 407.400				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich /Wiedereinsetzung der Dynamisierung (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird 2017 wieder eingesetzt. 2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3 % erhöht. 3. Für die Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht. Im Haushaltsjahr 2014 konnte die langjährige Diskussion um eine regelmäßige bedarfsgerechte Anpassung von Zuschüssen für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich endlich positiv beendet werden. Auf Beschluss des Rates erhielten die Freien Träger in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 durch die sogenannte Dynamisierung der Zuschüsse eine größere Planungssicherheit. Im Haushaltsjahr 2016 wurde diese Errungenschaft vorübergehend ausgesetzt – zunächst nur für ein Jahr. Die Verwaltung hat nun vorgeschlagen, die Dynamisierung in den nächsten drei Haushaltsjahren weiter auszusetzen - 2017 und 2018 vollständig, 2019 in halber Höhe. Im Sinne der geförderten Einrichtungen, die zum Teil sogar kommunale Pflichtaufgaben im Auftrag der Stadt erfüllen, sollte diesem Verwaltungsvorschlag nicht gefolgt werden. Stattdessen sollte die Dynamisierung 2017 wieder vollständig eingesetzt und zusätzlich vereinfacht werden. Das bisherige Verfahren mit Einzelfallberechnung für jeden Zuschussempfänger ist zu aufwendig und führt zu keiner größeren Gerechtigkeit als ein pauschalierter Verfahren, da bei fast keinem Zuschussempfänger 100 % seines Gesamthaushaltes finanziert werden. Es ist deshalb sinnvoll, ein vereinfachtes Verfahren zu entwickeln, wobei immer noch die Werte der gemeinsamen Landeskommission als Basis zugrunde gelegt werden sollten.								dauerf.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					
				Zuschüsse für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:				Enthalten:					
						+ 180.000	+ 360.000	+ 450.000	+ 450.000				
				dagegen:				Enthalten:					

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Lfd. Nr.	Position/Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen						
Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden Teilhaushalt 20 - Finanzen Ergänzung d. sanitären Anlagen Sinti-Platz Madamenweg																	
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)										42.000	0	0	0	0	0	0
4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 221	bisher 4.531.300 neu 4.573.300 Veränderung 42.000	3.451.300 3.451.300 42.000	270.000 312.000 42.000	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Ergänzung der sanitären Einrichtungen "Am Sinti-Platz (Madamenweg)" um mindestens eine Frischwasserzuleitung sowie eine dementsprechend ausreichend dimensionierte Abwasserleitung nebst geeigneter Zapfstellen und Winterfestmachung am Ort Anmerkung der Verwaltung: Kostenschätzung der Verwaltung: 42.000 € - es liegt hierzu auch ein gleichlautender Antrag der Fraktion "BIBS" vor						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																	
82	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	BIBS	bisher 4.531.300 neu 4.573.300 Veränderung 42.000	3.451.300 3.451.300 42.000	270.000 312.000 42.000	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Legung von Frisch- und Abwasserleitungen in ausreichender Anzahl und adäquater Ausstattung (Winterfest) "Am Sinti-Platz (Madamenweg 94)" - Ergänzung und Sanierung der vorhandenen sanitären Anlagen Anmerkung der Verwaltung: die BIBS hat einen finanzwirksamen Antrag gestellt, der aufgrund der Kostenschätzung der Verwaltung als finanzwirksam angesehen wurde Kostenschätzung der Verwaltung: 42.000 €						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dagegen:																	
Enthaltnahmen:																	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																	
Enthaltnahmen:																	
Altes Feuerwehrhaus in Lieferde																	
4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	SB 211	bisher 4.531.300 neu 4.631.300 Veränderung 100.000	3.451.300 3.451.300 100.000	270.000 370.000 100.000	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	270.000 270.000 0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € für 2017 für das alte Feuerwehrhaus in Lieferde für infrastrukturelle Maßnahmen der Nahversorgung - Post, Bäcker, Bank, Wäschedienst etc.; medizinischer Versorgung sowie für soziale Begegnungen und Beratung im Ortsleil						
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür:																	
Enthaltnahmen:																	
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dagegen:																	

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirke

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
----------	------------------------	-------------------	-----------	-------------------	----------------------------	-----------	-----------	-----------	-----------	-------------------------	-------------

Teilhaushalt 0600 - Baureferat

s.a. Vorlage BürgerHH Platz 13 Dringendst sozialen Wohnraum schaffen

Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums

zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 2 Mio. € für die Jahre 2017-2019 zur Schaffung von preiswertem Wohnraum; zur Schaffung zusätzlichen preiswerten Wohnraums soll die Stadt Braunschweig ein eigenes kommunales Wohnraumförderprogramm erstellen;

Falls an Braunschweig fließende Förderprogramme von Bund und Land die Grenze von 3 Mio. € pro Jahr überschreiten, sollen die kommunalen Mittel entsprechend reduziert werden. Damit sollte bei entsprechender Bundes- und Landesförderung das Wohnbauförderprogramm für preiswerten Wohnraum in Braunschweig 5 Mio. € erreichen.

Anmerkung der Verwaltung:

Ein Konzept wird derzeit von der Verwaltung erarbeitet, so dass eine Aufteilung der Haushaltsmittel auf investive Maßnahmen bzw. Aufwandsmaßnahmen und die Jahre 2017 - 2019 derzeit nicht möglich ist.

17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	0	0
116	4S.00 NEU	Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		0	0	0	0	0	0
			bisher	neu	0	0	0	0	0	0
		Veränderung	0	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		dagegen:		Enthalten:			
27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	0	0

116	4S.00 NEU	Wohnraum / Schaffung preiswerten Wohnraums	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		0	0	0	0	0	0
			bisher	neu	0	0	0	0	0	0
		Veränderung	0	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		dagegen:		Enthalten:			
		Wohnraum / Ankauf von Wohnungsbindungsrechten								

27		Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)	0	0	0	0	0	0	0	0
117	5S.00 NEU	Wohnraum / Ankauf von Wohnungsbindungsrechten	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		0	0	0	0	0	0
			bisher	neu	0	0	0	0	0	0
		Veränderung	0	*)	*)	*)	*)	*)	*)	*)
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis	dafür:		dagegen:		Enthalten:			
		Wohnraum / Ankauf von Wohnungsbindungsrechten								

Nr.	Teilhaushalt Zelle Produkt-Nr.	Haushaltsansatz- bezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Plansatz 2017 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2017		2018		2019			2020		
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Dauer	
Teilhaushalt FB 50 - Soziales und Gesundheit															
2		Zuwendungen und allgemeine Umlagen			23.872.200			- 898.700	0	- 5.119.100	0	- 213.300	0	- 1.144.600	0
1.31.3121.10		Leistungen für Unterkunft und Heizung													
Anpassung der Flüchtlingszahlen an die aktuelle Entwicklung. Anders als in der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes vermutet, werden nach der inzwischen deutlich erkennbaren Entwicklung auch zum Jahresende 2016 nicht mehr als 500 Zuweisungen erwartet (s. auch Aufwand). Zudem wird erwartet, dass nach Abschluss des Asylverfahrens ein größerer Teil der Flüchtlinge Leistungen nach dem SGB II erhält. Auch dieser Personenkreis wird sich verringern. Dies bedeutet auch eine Reduzierung der Erstattungen der Kosten der Unterkunft für diesen Personenkreis durch den Bund. Darüber hinaus wurde inzwischen die Erstattungsmethodik gesetzlich geregelt. Sie weicht von den im Haushaltsplanentwurf berücksichtigten Annahmen ab.															
				- 827.400		- 3.034.200		+ 692.500		- 249.000					
319110 Leistungsbet. für Unterkr.+Heiz. Arb. su.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															
1.31.3121.10		Leistungen für Unterkunft und Heizung													
Nach dem verabschiedeten Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen wird die Entlastung der Kommunen über Anpassungen bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) der SGB II-Bezieher, beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und beim Länderanteil an der Umsatzsteuer mit Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich erfolgen. Hieraus ergeben sich u. a. im Bereich der KdU-Erstattungen Veränderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf der Stadt.															
				- 71.300		- 2.084.900		- 905.800		- 895.600					
319110 Leistungsbet. für Unterkr.+Heiz. Arb. su.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															
7		Kostenerstattungen und Kostenumlagen			97.764.200			- 5.000.000	0	0	0	0	0	0	0
1.31.3130.10		Leist. n. d. Asylbewerberfaisl.gesetz													
Anpassung der Flüchtlingszahlen an die aktuelle Entwicklung. Anders als in der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes vermutet, werden nach der inzwischen deutlich erkennbaren Entwicklung auch zum Jahresende 2016 nicht mehr als 500 Zuweisungen erwartet. Dies führt zu einem geringeren Aufwand (s. u.) und zu Mindererträgen von 2,5 Mio. €. Außerdem hat das nds. Innenministerium einen Erlass vom 3.12.2015 aufgehoben, nach dem die Erstattungen in dem Jahr der Flüchtlingszuweisung als Ertrag zu veranschlagen waren, unabhängig von der tatsächlich späteren Zahlung. Hieraus ergibt sich ein weiterer Minderertrag in Höhe von 2,5 Mio. €.															
				- 5.000.000		0		0		0					
einmalig 348110 Erstattung Land															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															
18		Transferaufwendungen			119.804.700			0	- 2.260.000	0	1.600.000	0	1.600.000	0	1.500.000
1.31.3130.10		Leist. n. d. Asylbewerberfaisl.gesetz													
Anpassung der Flüchtlingszahlen an die aktuelle Entwicklung. Anders als in der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes vermutet, werden nach der inzwischen deutlich erkennbaren Entwicklung auch zum Jahresende 2016 nicht mehr als 500 Zuweisungen erwartet. Außerdem werden die Kosten je Flüchtling nach neu gewonnenen Erkenntnissen nunmehr mit 18.000 € pro Jahr angenommen. (s. auch Erträge)															
				- 2.250.000		+ 1.500.000		+ 1.500.000		+ 1.500.000					
433940 Sonstige soziale Leistungen AG															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															

Haushaltslesung 2017 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Nr.	Teilhaushalt Zeile Produkt-Nr.	Haushaltsansatzbezeichnung Produktbezeichnung	Ausschuss	Planansatz 2017 in €		Veränderungen in €						Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)/Anmerkungen			
				bisher	neu	2017		2018		2019			2020		Dauer
						Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
19		sonstige ordentliche Aufwendungen		72.000.300		0	- 1.106.000	0	- 2.976.000	0	- 2.679.000	0	- 2.423.000		
1.31.3121.10		Leistungen für Unterkunft und Heizung					- 1.106.000		- 2.975.000		- 2.679.000		- 2.423.000	dauerh.	446110 Leistungsbet. f. Unterkr.+Heiz. Arbeitsst.
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															
		diverse													
1.52.5221.01		Wohnungswirtschaft))))	dauerh.	diverse
Gemäß eines Vorschlages, den das Bündnis für Wohnen in seinem Abschlussbericht unterbreitet hat, wurden mit Ratsbeschluss vom 15. März 2016 für die Schaffung einer Zentralen Stelle für Wohnraumlilfe (ZSW) Finanzmittel in den Haushalt 2016 ff. aufgenommen. In der ZSW werden alle Aufgaben der Wohnraumvermittlung gebündelt, mit denen gerade Menschen mit einem erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt aktiv unterstützt werden können (z.B. das sog. Probewohnen). Hierfür wurden in 2016 anteilig 100.000 Euro und für die Folgejahre 200.000 Euro in den Haushalt eingeplant. Für das Probewohnen sollen künftig zunächst 30 Probewohnmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die für die Ausweitung erforderlichen Mittel sind im Haushaltsentwurf 2017 nicht eingeplant. Die benötigten Ressourcen werden zurzeit ermittelt.															
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis dafür: dagegen: Enthaltungen:															

Haushaltslesung 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamtkosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2017 in €	2018 in €	2019 in €	2020 in €	Restbedarf ab 2021 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit											
27 Erwerb von beweglichem Sachvermögen (Veränderungen)											
55.500022	FB 50:Global-Sachantl. 50.4		bisher 23.000 neu 48.000 Veränderung <u>25.000</u>	15.800 15.800	1.800 1.800 <u>25.000</u>	1.800 1.800 0	1.800 1.800 0	1.800 1.800 0	1.800 1.800 0		zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 € für die Ersatzbeschaffung eines PKW's (Altfahrzeug aus 2009) für das Gesundheitsamt
Ausschuss für Soziales und Gesundheit 14.12.2016 - Abstimmungsergebnis						dafür:		dagegen:		Enthaltungen:	

Anlage 3

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2015 -€ -	Ansatz 2016 -€ -	Ansatz 2017 -€ -
50	1.31.3151.20	Begegnungsstätte "In den Rosenäckern"	166.449,52	174.200	173.500
50	1.31.3151.20	Nachbarschaftshilfe "In den Rosenäckern"	46.282,62	48.600	48.600
50	1.31.3151.20	Seniorenkreise	37.446,03	44.500	40.000
50	1.31.3151.20	Lange Aktiv Bleiben (LAB)	14.200,00	14.200	14.200
50	1.31.3151.20	Begegnungsstätte Am Wasserturm	51.200,00	51.200	51.200
50	1.31.3151.20	Gerontopsych. Weiterbildg.	0,00	1.500	1.500
50	1.31.3151.20	Begegnungsstätten Böcklerstr./ Ottenroder Str. -Personalkosten-	38.112,94	40.500	40.500
50	1.31.3151.20	Begegnungsstätte Bebelhof	6.955,11	7.500	7.500
50	1.31.3151.20	Pflegende Angehörige/Wohngr.	143.200,00	143.200	143.200
50	1.31.3151.20	Seniorenrat	5.300,00	5.300	5.300

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2015 - € -	Ansatz 2016 - € -	Ansatz 2017 - € -
50	1.31.3151.20	Freizeit- und Hobbygruppen für Senioren	2.589,87	5.500	5.500
50	1.31.3151.20	Nachbarschaftshilfe	539.888,97	545.000	545.000
50	1.31.3151.20	Integrationsgarten für Senioren	17.500,00	17.500	17.500
50	1.31.3151.20	AntiRost e.V.	5.000,00	5.000	5.000
50	1.31.3151.20	ambet Grasplatz	32.361,00	32.600	32.600
50	1.31.3152.30	Sozialstationen	125.900,00	125.900	125.900
50	1.31.3153.10	Behindertenbeirat	12.800,00	12.800	12.800
50	1.31.3153.10	Allgemeiner Gehörlosenverein	6.900,00	6.900	6.900
50	1.31.3153.10	Begegnungsstätte der Diakonie	6.100,00	6.100	6.100
50	1.31.3153.10	Verein für psychomotorische Entwicklungsförderung	4.800,00	4.800	4.800
50	1.31.3153.10	Rheuma-Liga	0,00	2.600	0
50	1.31.3153.10	auris - Stadt- und Regionalverband	16.100,00	16.100	16.100
50	1.31.3153.10	Ev.- luth. Kirchenverband	10.200,00	10.200	10.200
50	1.31.3153.10	Evangelische Stiftung Neuerkerode, FED (Familienlastender Dienst)	2.400,00	2.400	2.400
50	1.31.3153.10	KöKi - Verein z. Förd. körperbehinderter Kinder	25.600,00	25.600	25.600

TOP 4.

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2015 - € -	Ansatz 2016 - € -	Ansatz 2017 - € -
50	1.31.3153.10	Maßnahmen für Behinderte (Lebenshilfe/DMSG-Kontakt-gruppe)	1.400,00	1.400	1.400
50	1.31.3156.10	PACE	140.177,91	0	0
50	1.31.3156.10	AWO-Fahrradstation	50.215,99	51.000	51.400
50	1.31.3156.10	Schubica Plus	0,00	0	0
50	1.31.3157.10	Frauenhaus	183.000,00	183.000	183.000
50	1.31.3157.10	Frauenberatungsstelle	133.900,00	133.900	133.900
50	1.31.3157.10	Frauen- und Mädchenberatung	125.400,00	125.400	125.400
50	1.31.3430.10	Institut f. pers. Hilfen	43.500,00	47.300	48.000
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - Arbeiterwohlfahrt	62.300,00	62.300	62.300
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - Caritasverband	62.300,00	62.300	62.300
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	62.300,00	62.300	62.300
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - Diakonisches Werk	30.400,00	30.400	30.400
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtsverbände - DRK	30.900,00	31.900	31.900
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtseinrichtungen - KIBIS- Selbsthilfegruppenförderung	3.500,00	3.500	3.500
50	1.31.3517.10	Wohlfahrtseinrichtungen - KIBIS-Kontaktstelle	17.000,00	17.000	17.000

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2015 -€-	Ansatz 2016 -€-	Ansatz 2017 -€-
50	1.31.3517.10	Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Tagestreff IGLU	71.896,00	75.500	71.900
50	1.31.3517.10	Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Stadteilladen Madamenweg	43.600,00	43.600	43.600
50	1.31.3517.10	Diakonietreff Madamenhof	47.600,00	47.600	47.600
50	1.31.3517.10	Förderverein Westliches Ringgebiet Nord e. V. - Stadteilladen Neustadtring	5.400,00	8.000	5.400
50	1.31.3517.10	Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten - Treuhandkontenführung	12.000,00	12.000	12.000
50	1.31.3517.10	Cura e. V.	15.800,00	15.800	15.800
50	1.31.3517.10	DRK-Schuldnerberatung	206.780,00	206.780	206.780
50	1.31.3517.10	DRK-Wohnberatung	58.000,00	58.000	58.000
50	1.31.3517.10	Bahnhofsmision	16.120,00	16.120	16.120
50	1.31.3517.10	Pro Siegfried	3.600,00	3.600	3.600
50	1.31.3517.10	Mütterzentrum e. V./ Mehrgenerationenhaus Braunschweig e. V.	90.000,00	90.000	90.000
50	1.31.3517.10	Verbraucherzentrale	120.000,00	135.000	123.000
50	1.31.3517.10	Beratungsstelle für mobile Beschäftigte Braunschweig	20.000,00	20.000	0

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis 2015 - € -	Ansatz 2016 - € -	Ansatz 2017 - € -
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Förderung der Integration	44.127,35	60.000	54.000
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Refugium Flüchtlingshilfe	40.500,00	40.500	40.500
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Haus der Kulturen	130.000,00	130.000	130.000
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Nähwerk statt Flickwerk	38.000,00	38.000	38.000
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Heidberg AKTIV	35.000,00	35.000	35.000
50 *)	1.31.3517.20 (bis 2016: 1.31.3119.40)	Projekt Demokratie leben!	43.833,90	30.000	30.000
		*) Die für diese Zuschüsse zuständige Fachabteilung wurde zum 01.04.2016 vom Ref. 0500 in den FB 50 überführt.			
50	1.41.4120.10	Einrichtungen für Suchtkranke davon Guttempler davon Freundeskreis davon Lukas-Werk	57.700,00 5.400,00 2.400,00 49.900,00	57.800 5.400 2.400 50.000	57.800 5.400 2.400 50.000

TOP 4.

TH	Produkt	Empfänger, Bestimmung	Ergebnis		Ansatz	
			2015 -€-	2016 -€-	2017 -€-	2017 -€-
50	1.41.4140.50	Blinden- und Sehbehindertenverband	1.100,00	1.100	1.100	1.100
50	1.41.4120.10	Drogenberatungsstelle	295.100,00	295.100	295.100	295.100
50	1.41.4120.10	Psychosoziale Hilfen	2.350,00	6.900	6.900	2.400
50	1.41.4140.50	Dt. Multiple Sklerose-Gesellschaft	6.600,00	6.600	6.600	6.600
50	1.41.4140.50	Aids-Hilfe e. V.	82.300,00	82.300	82.300	82.300
50	1.41.4140.50	Pro Familia	99.700,00	99.700	99.700	99.700
50	1.41.4140.50	Pro Familia Projekt Teens plus Babies	10.000,00	10.000	10.000	10.000
50	1.41.4140.50	Verein für sexuelle Emanzipation e. V.	19.300,00	19.300	19.300	19.300
50	1.41.4120.10	Der Weg e. V.	203.975,73	206.800	206.800	206.800
50	1.41.4140.50	SOLWODI Nds. e. V.	6.333,01	0	0	0
50	1.41.4140.50	Krebsnachsorge e. V.	121.300,00	121.300	121.300	121.300

<i>Betreff:</i> Braunschweiger Bürgerhaushalt

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat V 50 Fachbereich Soziales und Gesundheit	<i>Datum:</i> 08.12.2016
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Vorberatung)	14.12.2016	Ö

Beschluss:

Über die dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit vorzulegenden Bürgerhaushalts-Vorschläge wird abgestimmt wie in der Anlage vermerkt. Die Anlage samt Einzelabstimmungsergebnissen ist Bestandteil des Beschlusses.

Sachverhalt:

Wie im vergangenen Jahr werden auch in die diesjährigen Haushaltsberatungen die 75 am besten bewerteten Vorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren einbezogen. Sie werden wie Fraktionsanträge und Ansatzveränderungen der Verwaltung auch in den Fachausschüssen beraten. Die Anlage enthält die dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017 vorzulegenden Bürgerhaushalts-Vorschläge.

Hinweis:

Im Rahmen des Bürgerhaushalts wurde die Internetplattform www.bs-mitgestalten.de eingerichtet. Auf dieser Plattform sind sämtliche eingereichten Vorschläge zum Bürgerhaushalt, die dazugehörigen Bewertungen und Kommentare sowie durch die fachlich zuständigen Organisationseinheiten abgegebene Stellungnahmen einsehbar. Es wird darauf hingewiesen, dass auch die Beratungsergebnisse zu den einzelnen Vorschlägen auf der Plattform veröffentlicht werden.

Auf die mit dem Haushaltsplanentwurf übersandte Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten zu den TOP 75-Vorschlägen wird Bezug genommen.

Klockgether

Anlage/n:

Bürgerhaushalts-Vorschläge

Bürgerhaushalt 2016 zum Haushaltsplan 2017

Top 75-Vorschläge



www.bs-mitgestalten.de

Inhalt

Inhalt	2
-----	-----
Platz: 13: Dringendst sozialen Wohnraum schaffen	4
-----	-----
Platz: 18: Kapazität vom Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof optimieren	7
-----	-----

Platz: 13: Dringendst sozialen Wohnraum schaffen				
Vorschlags-Nr.: 3384	Bewertung: 0,813	Wirkung: Investition	Geschätzte Kosten:	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)
<p>Endlich günstigen Wohnraum schaffen! Überall in der Stadt wird der Wohnraum zugunsten hochpreisiger Neubauten "nachverdichtet", was durch Wegfall von Grünflächen, Baulärm und Verschlechterung des Stadtklimas als Belastung für die ansässige Bevölkerung angesehen werden muss.</p> <p>Trotz staatlicher Zuschüsse werden deren Interessen immer noch nicht berücksichtigt! Es ist ein Trauerspiel, dass sich auch mit dieser Ratskonstellation nichts gebessert hat (bringt ja auch nix fürs Stadtsäckel!). Aber was ist mit den tausenden Braunschweigern, die stillschweigend seit Jahren leiden und nicht umziehen können?</p> <p>Nutzer/in Retseim Kommentar ergänzt im Kommentar: Bei allen Neubauplanungen sollen mindestens 20 % dem sozialen Wohnraum vorbehalten bleiben.</p>				
Stellungnahme der Verwaltung				
Org.-Einheit(en): FB 61				

Braunschweig wächst und hat inzwischen über 252.000 Einwohner (Stand 31.12.2015). Junge Familien ebenso wie ältere Bürgerinnen und Bürger, die vermehrt zurück in die Stadt wollen und auch Menschen mit geringerem Einkommen, sollen attraktive Wohnraumangebote in Braunschweig finden können.

Ziel der Baulandpolitik in Braunschweig ist es daher, auch in Zukunft ein breites Spektrum an Baugebieten anzubieten. Mit dem Ziel „5.000 neue Wohneinheiten von 2013 bis 2020“ verfolgt Braunschweig dabei ein Wohnungsbauprogramm, das die Bautätigkeit früherer Jahre weit übersteigt. Als gewachsene, historische Stadt setzt Braunschweig dabei zum einen auf die Entwicklung von Flächen in integrierten städtischen Lagen (zum Beispiel „Nördliches Ringgebiet“, "Langer Kamp" und viele weitere mehr) und die Nutzung von Baulücken in vorhandenen Wohnquartieren. Die Weiterentwicklung der bestehenden Quartiere und die Stadt der kurzen Wege werden damit gefördert und das lebendige, vielschichtige Stadtbild erhalten.

Zum anderen wird die Innenentwicklung durch neue Siedlungsbereiche im äußeren Stadtgebiet, die verkehrlich - idealerweise mit Stadtbahnanschluss - gut an die Braunschweiger Kernstadt angeschlossen sind, ergänzt. Durch diese große Bautätigkeit werden neue Angebote auf dem Markt für vielfältige Nutzergruppen geschaffen. Als Beispiele für solche Projekte sind "Stöckheim-Süd", "Okeraue" in Watenbüttel oder "Heinrich der Löwe Kaserne" zu nennen. Bei aller Neubautätigkeit werden, wie im Zukunftsbild für Braunschweig festgehalten, stets die hohen Freiraumqualitäten Braunschweigs und die Lebensqualität alter wie neuer Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers im Blick behalten.

Im „Bündnis für Wohnen“ wurden zudem interdisziplinär auf Basis der Handlungsempfehlungen des Bündnisses mit der Wohnungswirtschaft, den Sozialverbänden, der Politik und der Verwaltung weitere Lösungsvorschläge zur bedarfsgerechten Steuerung der Wohnraumsituation in Braunschweig diskutiert. Die Verwaltung wird die Vorschläge des Bündnisses für Wohnen zur Schaffung und Erhaltung preiswerten Wohnraums berücksichtigen. Insgesamt müssen dabei alle möglichen Instrumente und Handlungsoptionen zur Sicherung und Schaffung von preiswertem Wohnraum wie zum Beispiel mittelbare Belegung, Ankauf und Aktivierung^① von Belegungsbindungen, eine aktive Bodenvorratspolitik, kommunale Förderung preiswerten Wohnraums in Verbindung mit Verpflichtungen für Investoren bei Neubauprojekten und andere Instrumente untersucht werden. Die Diskussion dauert noch an, eine abschließende Empfehlung liegt noch nicht vor.

Finanzielle Wirkungen: Für die Umsetzung des Aktionsplanes können in Zukunft zusätzliche Mittel erforderlich sein, deren Höhe aber derzeit noch nicht benannt werden kann. Zudem fallen keine zusätzlichen Kosten^① für die Fortführung des Bündnis für Wohnen an.

Finanzielle Wirkung	2017	2018	2019	2020	2021ff.	Summe
Einmalige Kosten						
Laufende Kosten					XXXX	

Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
Planungs- und Umweltausschuss					
Ausschuss für Soziales- und Gesundheit					
Finanz- und Personalausschuss					
Verwaltungsausschuss					
Rat					

Platz: 18: Kapazität vom Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof optimieren							
Vorschlags-Nr.: 3317	Bewertung: 0,747	Wirkung: Ausgabe	Geschätzte Kosten: 1.000	Entsch.-Zust.: Braunschweig (gesamt)			
<p>Seit diesem Frühjahr ist das Fahrradparkhaus der AWO am Hauptbahnhof morgens so voll, dass man Schwierigkeiten hat, einen Abstellplatz zu finden. Lediglich die oberen Stellplätze sind dann noch frei. Diese lassen sich aber mit vielen Fahrrädern nicht nutzen (zu hohes Gewicht, zu breite Reifen,...). Von den acht Reihen im Parkhaus sind drei Reihen für Reparatur- und Leihfahräder reserviert. Dieser Bereich wird i.d.R. nicht vollständig genutzt. Man sollte daher diesen Bereich anteilig (z. B. erstmal eine Reihe) für die Abstellung von Fahrrädern öffnen.</p> <p>Für den Betrieb vom Fahrradparkhaus ist die AWO zuständig. Sofern dieser Vorschlag angenommen wird, soll sich die Stadtverwaltung mit der AWO in Verbindung setzen und sich stellvertretend für die vielen Nutzer vom Fahrradparkhaus für eine Erhöhung der Abstellkapazitäten einsetzen.</p>							
Stellungnahme der Verwaltung							
Org.-Einheit(en): FB 50							
<p>Nach Rückfrage der Stadtverwaltung bei der AWO ist dieser Vorschlag zum Bürgerhaushalt dort gut nachvollziehbar. In den Sommermonaten hat die Radstation nach dortiger Mitteilung eine Belegungsquote von über 120 %, was nur noch aufgrund von Teilzeitnutzungen händelbar ist. Entsprechend sind dann zur gleichen Zeit verstärkt Reparaturen und Fahrradausleihe nachgefragt. So werden auch für diese Bereiche verstärkt Stellplätze gebraucht. Die AWO hat aber zugesagt, noch einmal zu prüfen, ob der Zwischenstellbereich für nicht abgeholte Reparaturräder verkleinert werden kann. Spätestens ab Anfang Oktober wird nach dortiger Einschätzung der Bedarf an Stellplätzen sinken, so dass dann wieder genug Plätze im unteren Bereich vorhanden sind. Die AWO will ihre Kunden über einen Aushang ergänzend darauf aufmerksam machen, dass die Mitarbeiter gern bei der Nutzung der oberen Stellplätze helfen werden. Aus Sicht der Verwaltung könnte mit den von der AWO avisierten Maßnahmen die gewünschte und notwendige Entspannung im Fahrradparkhaus eintreten.</p>							
Finanzielle Wirkung		2017	2018	2019	2020	2021ff.	Summe
Einmalige Kosten							
Laufende Kosten						XXXX	
		Gremienlauf	Anmerkungen	Ja	Nein	Enth.	Ergebnis
		Stadtbezirksrat Viewegsgarten-Bebelhof		14	0	0	Angenommen
		Ausschuss für Soziales und Gesundheit					
		Finanz- und Personalausschuss					
		Verwaltungsausschuss					
		Rat					

Betreff:

Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 -2020; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen

Organisationseinheit:

Dezernat V
50 Fachbereich Soziales und Gesundheit

Datum:

12.12.2016

Beratungsfolge

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

14.12.2016

Status

Ö

Sachverhalt:

In der Anlage werden Ihnen die Stellungnahmen zu den Anfragen und Anregungen der Fraktionen zur Kenntnis gegeben, sofern sie nicht zur Ratssitzung beantwortet werden.

Klockgether

Anlage/n:

Stellungnahmen

Anlage zu 16-03435

**Beantwortung der Anfrage Nr. A015 zum Haushalt 2017 der Fraktion DIE LINKE
1.31.3119.10 schlüssigen Konzepts zur Angemessenheit der KdU**

Text:

1. Wird mit der Erstellung eines „schlüssigen Konzepts zur Angemessenheit der KdU“ das Ziel verfolgt, die Angemessenheitsgrenzen abzusenken?
2. Wenn ja, in welcher Größenordnung?
3. Wie ist der Sachstand der geplanten Konzepterstellung

Begründung:

Im Vorbericht wird mitgeteilt, dass sich die Angemessenheitsgrenze für Städte ohne schlüssiges Konzept -wie es in BS derzeit der Fall ist- erhöht habe. Daher die Anfrage.

Antwort:

Zu 1.

Mit der Erstellung eines schlüssigen Konzepts zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und SGB XII wird generell das Ziel verfolgt im Rahmen der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts die Angemessenheitsgrenze unter Berücksichtigung der tatsächlichen Wohnungsmarktangebote für Wohnraum einfacher Ausstattung festzulegen. Das Absenken der zurzeit bestehenden Kappungsgrenze der Angemessenheit ist dabei nicht Ziel eines schlüssigen Konzepts.

Zu 2.

Siehe Beantwortung zu 1.

Zu 3.

Die Konzepterstellung wird zurzeit nicht aktiv verfolgt, weil weiterhin Akzeptanzprobleme der Sozialgerichte bestehen und damit keine Rechtssicherheit einer schlüssigen Konzeption gegeben ist. Die Kappungsgrenze der Angemessenheit Kosten der Unterkunft ist auf der Grundlage des § 12 Abs. 1, Mietenstufe 4 WoGG in der derzeit geltenden Fassung, zuzüglich 10% Sicherheitszuschlag für den Bereich der Stadt Braunschweig in den Rechtskreisen SGB II und SGB XII festgelegt.

**Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2017 Nr. A016 der Fraktion DIE LINKE
1.31.3151.20 Nachbarschaftshilfe "In den Rosenäckern"**

Text:

Warum wird im Vorbericht die Nachbarschaftshilfe "In den Rosenäckern" einzeln dargestellt und nicht unter Nachbarschaftshilfe aufgeführt?

Antwort:

Bedingt durch unterschiedliche vertragliche Vereinbarungen wird die Nachbarschaftshilfe „In den Rosenäckern“ nicht in der Summe der übrigen Nachbarschaftshilfen aufgenommen, sondern getrennt dargestellt.

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2017 Nr. A017 der Fraktion AfD
1.31.3151.20 Integrationsgarten für Senioren**

Text:

Fortlaufende jährliche Förderung in Höhe von € 17.500,-

Die Bezeichnung Integrationsgarten für Senioren vermittelt den Eindruck, dass sich die Aktivitäten hauptsächlich an Senioren richten.

Welche Aktivitäten finden neben dem wöchentlichen Senioren-Frühstück noch statt, wer wird integriert, und mit welchen Maßnahmen?

Antwort:

Es handelt sich um ein Projekt der Altenhilfeplanung mit dem Ziel, einen Ort der Begegnung für Senioren mit Migrationshintergrund und deutsche Senioren zu haben.

Es wird ein monatlich wechselndes Programm angeboten mit z.B. Fachvorträgen, interkulturellem Kochen und Projekten, wie aktuell der gemeinsame Bau von Hochbeeten.

**Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2017 Nr. A018 der Fraktion DIE LINKE
1.31.3517.10 Beratungsstelle für mobile Beschäftigte**

Text:

Warum soll beim Produkt 1.31.3517.10 (Beratungsstelle für mobile Beschäftigte) der Zuschuss auf 0 € sinken?

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antwort:

In den Jahren 2015 und 2016 wurden für die Förderung der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte seitens der Stadt Braunschweig jeweils 20.000 € bereitgestellt. Für die Fortsetzung der Förderung ab 2017 ist bisher kein Antrag bei der Stadt eingegangen. Sofern die Beratungsstelle ihre Arbeit fortsetzt und ein entsprechender Antrag bei der Stadt eingeht, sollen die Mittel aus dem Budget zur Verfügung gestellt werden.

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2017 Nr. A019 der Fraktion AfD
1.31. 3517.10 Wohnberatungen der Diakonie und des DRK**

Text:

Fortlaufende jährliche Förderung in Höhe von € 101.600,- in Summe für zwei Wohnberatungen

Die Verwaltung der Stadt möge die Wirtschaftlichkeit der Zuschüsse beider existierender Wohnberatungseinrichtungen darstellen.

Antwort:

Der Stadteilladen West im Madamenhof der Diakonischen Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH und die Wohnberatung des DRK Kreisverbandes Braunschweig-Salzgitter haben unterschiedliche Aufgaben und unterschiedliche Zielgruppen. Doppelstrukturen gibt es nicht.

Der Madamenhof ist ein gemeinsames Projekt der Braunschweiger Diakonie zur Förderung der Integration sozial benachteiligter Menschen im Stadtteil. In enger Kooperation bieten hier der Stadteilladen West und der Diakonietreff des Diakonischen Werkes in Niedersachsen ein integriertes Angebot der Beratung und sozialen Stadtteilarbeit. Dazu gehören ein täglicher Mittagstisch, regelmäßige Gruppenangebote und kulturelle Veranstaltungen.

Die Wohnberatung des DRK gibt Informationen über das Wohnen im Alter und individuelle Beratung zu Fragen des Wohnens und der Wohnungsanpassung und betreibt eine Musterwohnung im Stadtteil Heidberg. Die Wohnberatung hilft älteren Menschen, den Wunsch, so lange wie möglich in ihrer vertrauten Wohnung und Umgebung oder in ihrem Haus zu leben, umzusetzen durch Beseitigung oder Abbau von Stolperfallen wie Stufen und Schwellen, Beratung zu Hilfsmitteln, Umbaumaßnahmen etc.

**Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2017 Nr. A020 der Fraktion AfD
1.31.3517.10 Wohlfahrtsverbände**

Text:

Die Verwaltung wird gebeten zu erläutern, wann die unten aufgeführten dauerhaften Zuschüsse zum letzten Mal auf ihre wirtschaftliche Vertretbarkeit hin überprüft wurden, und wann die nächste Prüfung ansteht.

- Die Arbeiterwohlfahrt bekommt einen Zuschuss von € 62.300,- pro Jahr.
- Der Caritasverband bekommt einen Zuschuss von € 62.300,- pro Jahr.
- Das Diakonische Werk bekommt einen Zuschuss von € 30.400,-
- Das DRK bekommt einen Zuschuss von € 31.900,-

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Die Wohlfahrtsverbände erhalten jährlich eine Zuwendung zur Durchführung der allg. Sozialberatung im Rahmen einer institutionellen Förderung. Die Allgemeine Sozialberatung unterbreitet Menschen ein sehr einfach zugängliches Angebot der Beratung und Begleitung, Hilfe und Unterstützung.

Die Zuwendungen sind jeweils jährlich schriftl. zu beantragen und werden bereits bei der Antragstellung auf Plausibilität überprüft. Nach Inkrafttreten des Haushaltes werden sie beschieden und nach Rechtskraft des Bescheides ausgezahlt. Die Verwendung des Zuschusses ist jährlich in einem Verwendungsnachweis nachzuweisen, der umfassend von der Verwaltung geprüft wird. Die Prüfung umfasst die dem Zuwendungszweck entsprechende wirtschaftliche und sparsame Verwendung unter Beachtung des Besserstellungsverbot und Nachweis des jeweiligen Eigenanteils einschl. der durchgeführten Beratungen etc. sowie einem Bericht gem. den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen aus Haushaltsmitteln der Stadt Braunschweig vom 14.07.1998 und den allg. Nebenbestimmungen für Zuwendungen.

Diese Prüfungen finden jährlich statt und sind letztmalig im Sommer für die Verwendungsnachweise 2015 erfolgt. Die nächste Prüfung der Verwendungsnachweise 2016 steht wieder 2017 an.

**Beantwortung der Anfrage/Anregung zum Haushalt 2017 Nr. 16-03351 der Fraktion AfD
1.31.3517.20 Förderung der Integration**

Text: **Förderung der Integration**

Sachverhalt: Fortlaufende jährliche Förderung in Höhe von € 54.000,-

Was wird damit gefördert?

Wer erhält zu welchen Bedingungen diesen Betrag und wer bildet die wirtschaftliche Kontrolle ab?

Begründung:

Antwort:

- Gefördert werden die Mieten der Begegnungsstätten (Begegnungsstätte der Griechen e.V., - der Portugiesen/Spanier e.V., Gökkusagi Kulturverein e.V.) in Höhe von jährlich 25.437,56 €.
Die verbleibenden Mittel stehen auf Antrag Migrantenorganisationen, Initiativen und Institutionen, die in der Integrationsarbeit tätig sind für Veranstaltungen, Angebote und Maßnahmen zur Verfügung.
- Die zuständige Verwaltung prüft zunächst die Bedingungen für die Gewährung von Zuwendungen für Integrationsmaßnahmen und die sachliche und rechnerische Richtigkeit.
Die Haushaltsführung obliegt in regelmäßigen Abständen einer Kontrolle durch das Rechnungsprüfungsamt.

**Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2017 Nr. 16-03352 der Fraktion AFD
1.31.3517.20 Förderung der Integration**

Text:

das Projekt "Demokratie leben" erhält jährliche Zuschüsse von € 30.000,-.

In der Leitlinie wird beschrieben, dass im Bereich junger Muslime religiös begründete Demokratiedistanz, Demokratieablehnung, die Gewaltbefürwortung und die Abwertung Andersgläubiger so oft anzutreffen sind, dass extra ein Programm zur Bekämpfung aufgelegt werden musste.

Die Verwaltung der Stadt Braunschweig möge prüfen, inwieweit die Förderung mittels dauerhaftem Zuschuss wirtschaftlich vertretbar ist, und Auskunft geben

- welche Projekte gefördert werden

- welche Träger die dafür "hohe thematische und methodische Expertise" (Vorgabe der Bundesrichtlinien) nachgewiesen haben?

- ob auch Parteien, die sich gegen demokratiegefährdende Entwicklungen stellen und Demokratie stärken, gefördert werden

Begründung:

(optional, wenn nicht zu lang)

Antwort:

Der in dieser Anfrage genannte Auszug ist nicht Bestandteil der Leitlinie des Bundesprogramms Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, bezogen auf die Partnerschaft für Demokratie in Braunschweig (Leitlinie siehe: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/ba_151221_Leitlinie-A_Partnerschaften_fuer_Demokratie_aktualisiert.pdf).

Das Programm widmet sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt und richtet sich vor allem gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus und Antisemitismus. Zu den Fragen im Einzelnen:

- Das Bundesprogramm Demokratie leben! wird über Bundesmittel gefördert. Die Förderung aus Eigenmitteln der Stadt Braunschweig beträgt für 2016 und 2017 jeweils 5.000,00€ und für 2018 und 2019 jährlich 10.000€
- Die Projektförderung richtet sich nach den durch das Forum Demokratie in Braunschweig vorgegebenen Ziele, die auf der Grundlage des Bundesprogramms formuliert wurden. Zu den Projekten gehörten beispielsweise Workshops an Schulen zum Thema "Flucht und Migration" oder der Projekttag "die eine Welt", ein Interkultureller Mehrgenerationenaustausch" oder Beiträge zur Begegnungskultur in Braunschweig usw..

- Vergeben werden die Mittel nur an anerkannte, gemeinnützige Projektträger.
In 2016 waren es: AWO Bezirksverband, Förderverein Otto-Bennemann-Schule, Haus der Kulturen e.V., ASTA TU Braunschweig, Volkshochschule Braunschweig GmbH, TRIVT e.V., Polizeisportverein BS e.V. Abteilung Schwimmen, Nähwerkstatt Flickwerk PPTZ e.V., GRINS e.V., Spielraum Theaterpädagogisches Zentrum e.V., KufA e.V. - Kultur für Alle, Ev.-luth. Kinder- und Familienzentrum St. Georg, Sportjugend Braunschweig im SSB Braunschweig e.V., Evangelische Jugend in der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig, LOT-Theater e.V., Institut für persönliche Hilfen e.V., Mütterzentrum Braunschweig e.V., Jugendring Braunschweig
- Parteien gehören nicht zu den förderfähigen Organisationen des Bundesprogramms

Absender:

**Fraktion BIBS im Rat der Stadt
Buchholz, Astrid**

TOP 7.1
16-03416
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung: Geschäftsverteilung
und Zuständigkeiten zwischen Sozialdezernat und Jobcenter**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.12.2016

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Entscheidung)

14.12.2016

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Frau Buchholz bittet um Klärung der Zuständigkeiten zwischen Sozialdezernat und Jobcenter und um Aufnahme des Themas als Tagesordnungspunkt.

Auf die Frage der Zuständigkeit darüber, ob und wann berechtigten Leistungsempfängern Gutscheine oder Barauszahlungen für die Wohnungserstausstattung gewährt werden, wurden widersprüchliche Antworten gegeben. Es wird um Klärung gebeten. Wir behalten uns vor, Anträge zu stellen.

Anlagen: